



Geraer Bürgerinitiative stellt Kampf nicht ein

Gera. "Der Kampf für sozial gerechte Kommunalabgaben kann vorerst nicht eingestellt werden". Das erklärt der Vorstand der Geraer Bürgerinitiative und Bürgervertretung gegen zu hohe Kommunalabgaben e.V. auch nach dem Beschluss des Kabinetts, beim Thüringer Verfassungsgerichtshof Klage gegen das Volksbegehren einzureichen. Aktuell vertrete die Geraer Initiative rund 1000 Mitglieder.

Nach Auffassung von Uwe Raubold, Vorstandsmitglied der Bürgerinitiative, offenbare der Klageweg "das mangelnde Verständnis für die legitimen Interessen der Bürger". Mit dem Ruf nach juristischer Klärung durch den Verfassungsgerichtshof würden CDU und SPD auch ihre eigene Unfähigkeit zum Regieren eingestehen, so das Mitglied des Vorstandes.

Raubold erinnert, dass mit der Ankündigung von Neuregelungen im Abgabenrecht vor einem Jahr nur Erwartungen genährt worden seien. Grundlegende Veränderungen bei den Abgabenlasten habe es nicht gegeben. Mit der Festlegung, auch bis 1991 rückwirkende Straßenausbaubeiträge erheben zu müssen, wurde weiterer Zündstoff geschaffen. Von der "Inkompetenz der Verfasser" des Papiers spricht die Bürgerinitiative, weil die Veränderungen im Abgabenrecht die Abwasserbeitragsproblematik ausgeklammert hätten. Dem Wirrwar in der Abgabenpolitik die Krone aufzusetzen, hätten die Regierungsparteien im Landtag den Weg für weitere Erhöhungen der Abwasserbeiträge freigemacht. "Es ist nicht hinnehmbar, dass die besonderen ostdeutschen Verhältnisse bei der zumeist kritiklosen Übernahme des antiquierten Kommunalabgabenrechts der alten Bundesländer unbeachtet bleiben", erklärt Raubold von der Geraer Bürgerinitiative, die unterm Dach der Thüringer Bürgerallianz agiert.

03.01.12 / OTZ